

Postbank zieht sich aus Ihrem Stadtteil zurück

Protestieren Sie gegenüber Post und Politik!

Ab 1. September gibt es in der Post Feiningerstraße (Mümmelmannsberg) und Rauhes Haus (Horn) kein Geld mehr. Selbst die Geldautomaten werden abgebaut.

Somit können Sie als Postkunden in Billstedt und Horn Bargeld **nur** noch in der Möllner Landstraße abheben, auch alle anderen Bankgeschäfte sind nur noch dort möglich. Für den betroffenen Rentner oder die Sozialhilfeempfängerin heißt das: mal eben 3,10 Euro für die Fahrt mit der U-Bahn nach Billstedt und zurück ausgeben. Wer z.B. seine Sozialleistungen per Zahlungsanweisung (ZZV) erhält, kann die nur bei der Post einlösen. Das geht hier auch nicht mehr.

„Kleine“ Kunden uninteressant

Offensichtlich machen die mehr als 100.000 Billstedter und Horner nicht genug Umsatz, schließen nicht genug Bausparverträge ab und kaufen nicht genug Versicherungspolicen. Das sagt die Postbank auch ganz offen: „Um Ihnen diese Zinsvorteile (beim Postsparen, red.) zu gewährleisten, müssen wir sehr wirtschaftlich arbeiten. Das bedeutet: Ist die Nachfrage in einer Filiale nach Bankdienstleistungen zu gering, können wir diese dort nicht länger anbieten ...“ (aus dem Anschreiben der Postbank an die hiesigen Kunden).

Damit erreichen die Privatisierungsfolgen eine neue Qualität. Gerade die Postbank hat großen Werbeerfolg damit gehabt, dass sie auf ihr dicht geknüpftes Filialnetz verwies. Nunmehr will man uns „Kleinvieh“ offenbar nicht mehr haben. Das einst flächendeckende Angebot wird verringert, nur noch Umsatz zählt.

Folgen der Privatisierung

Nachdem mehr als die Hälfte der Briefkästen verschwanden, viele Postfilialen ersatzlos dicht gemacht und der Service schlechter und teurer wurde, stören wir „kleinen Privatkunden“ nur. Allenfalls unsere Hausbriefkästen als Endlager für bunte Werbung sind noch interessant.

Auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern sich. Die Post AG versucht die gut abgesicherten, sozialversicherungspflichtigen Ar-



Rückzug aus dem Hamburger Osten

beitsplätze zu vernichten, will die Beschäftigten loswerden.

Protest organisieren

Die Linke in Mitte fordert alle betroffenen Postkunden auf, ihren Protest gegen die Serviceverschlechterungen gegenüber der Post/Postbank zum Ausdruck zu bringen.

Es ist möglich, für ein sozialverträgliches Verhalten des ehemaligen Staatsbetriebes zu sorgen. Der Staat hat als Teileigentümer Verantwortung, es gibt eine Regulierungsbehörde, Gesetze und Verordnungen, die der Post bestimmte Mindestangebote zur Auflage machen. Man muss deren Anwendung allerdings auch wollen.

Die **Linke in Mitte** appelliert an die verantwortlichen Politiker in Bezirksversammlung, Bürgerschaft und Bundestag:

Die Menschen in Billstedt und Horn haben vielleicht keine Postaktien gekauft, dennoch sind sie BürgerInnen mit dem gleichen Anspruch auf Versorgung mit Postdienstleistungen wie alle anderen. Sorgen Sie mit dafür, dass Dividende nicht vor Daseinsvorsorge geht.

Wenden auch Sie sich an die verantwortlichen Bezirkspolitiker: Der Ortsausschuss Billstedt tagt wieder am 12.9. um 18 Uhr in der Kantine des Ortsamtes (Öjendorfer Weg 9, am EKZ Billstedt). Die Sitzung ist öffentlich, am Anfang gibt es eine aktuelle halbe Stunde in der wir Bürger unsere Belange zur Sprache bringen können!

Für weitere Informationen:

WASG Bezirk Mitte:

Elisabeth Baum, 0176 / 29 28 16 15

Linkspartei.PDS, BV HH-Mitte:

Marcus Donath, 0177 / 5 06 72 35

Kontakt für die AG Betrieb und Gewerkschaft der LINKEN/WASG:

Olga Fritzsche: 040 / 42 10 28 78 - Gerald Kemski: 040 / 4 10 29 64 - Sabine Wils: 040 / 5 31 93 31
Regine Brüggemann: 040 / 29 82 09 60 - Berno Schuckart: 040 / 24 50 81